

Katholische Kirche aktuell:

Der politische Papst

Der geplante Staatsbesuch von Papst Benedikt XVI. vom 22. – 25. September 2011 in Deutschland hat ein sehr unterschiedliches Echo in den Medien hervorgerufen. Schuld daran ist die Absicht des Papstes, vor dem Parlament eine politische Rede zu halten. Einige Abgeordnete aus den Reihen der FDP, der Grünen und der Linken sind damit nicht einverstanden und wollten im Parlament darüber eine Debatte. Doch sie sind von ihren Fraktionschefs zurückgepiffen worden. Was sind die Gründe dafür und welche Absicht hat der Papst mit seinem Auftritt als Staatsoberhaupt des Vatikans?

Offiziell hat ihn Bundespräsident Wulf eingeladen. Natürlich gehen einer solchen Einladung immer geheime Gespräche zwischen der deutschen Bischofskonferenz und Mitarbeitern des Bundespräsidenten voraus. Erst wenn eine Einigung erzielt ist, wird eine Einladung in schriftlicher Form überbracht.

Die Evangelische Kirche in Deutschland spielt dabei nur eine Statistenrolle. Das musste nun auch der Ratspräsident der EKD, Nikolaus Schneider, zur Kenntnis nehmen. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ erklärte er, es irritiere ihn sehr, dass die römisch-katholische Kirche sich nicht nur als Kirche, sondern als Staat verstehe. Außerdem bezweifelte er, dass es auch zu einer Begegnung mit ihm kommen könnte. Denn wenn er einen Staatsbesuch mache, werde er wohl mit der Bundeskanzlerin sprechen und den Bundespräsidenten treffen, so der Ratsvorsitzende.

Mangelnde Unkenntnis?

Es erscheint geradezu unglaublich, dass ein Ratsvorsitzender nicht über die einzigartige Doppelfunktion des Papstes als Kirchen- und Staatsoberhaupt Bescheid wüsste. Hat er vielleicht während seines Theologiestudiums die Vorlesungen im Fach Kirchengeschichte geschwänzt? Ein Mann in seiner Position kann wohl kaum „irritiert sein“, wenn ein Papst als Staatsoberhaupt nach Deutschland kommt. Was also steckt wirklich hinter seinen Äußerungen?

Vermutlich dürfte er etwas pikiert sein, dass ihn weder die römische Kurie noch seine ökumenischen Brüder aus der katholischen Bischofskonferenz, über die Absichten Ratzingers informiert haben und er erst über die Medien von dem Staatsbesuch erfahren hat.

Denn, dass man aus dem Vatikan immer wieder Stellungnahmen zu politischen Ereignissen in aller Welt hört und der Vatikan internationale diplomatische Verbindungen pflegt, ist doch seit dem Mittelalter bekannt und nicht erst ein Produkt der Neuzeit. Wie dem auch sei, interessanter ist jedoch die Antwort auf die Frage, was den Papst dazu veranlasst, unbedingt eine Rede im deutschen Bundestag halten zu wollen und alle Fraktionsvorsitzende dies begrüßen?

Vatikan & Politik

Noch hält sich der Vatikan über den Inhalt der Papstrede bedeckt. Wahrscheinlich, um die Aufmerksamkeit der Medien langsam zu erhöhen. Deutschland einen Staatsbesuch zu machen, geschieht wohl auch mehr aus der Einsicht, dass er ohne die deutsche Regierung in Europa seine politischen Pläne nicht verwirklichen kann. Außerdem ist nicht zu übersehen, dass die Mächtigen der Welt 2010 sich auf internationalen Konferenzen trafen, aber den Audienzsaal des Papstes mieden. Wenn also niemand zu mir kommt, dann muss ich wohl die Mächtigen besuchen und gleichzeitig zu den Parlamentariern sprechen, lautet wohl sein eigenes Kalkül.

Zwar hatte der Papst im Lateranvertrag 1929 gegenüber der italienischen Regierung schriftlich darauf verzichtet, sich politisch zu betätigen, doch wer das Wesen des Papsttums und sein nachfolgendes Verhalten aufmerksam betrachtet, erkennt recht schnell, mit welchem Geschick die Päpste diesen Passus umgangen, bzw. nach ihrer Lesart ausgelegt haben. Auch der gegenwärtige Papst ist auf der politischen Bühne aktiv. Bemerkenswert ist, dass er es nicht mehr diplomatisch im Verborgenen tut, sondern öffentlich. Was den kühl kalkulierten

Bruch des Lateranvertrages deutlich werden lässt. Seltsamerweise scheint das in der italienischen Regierung niemand zu stören.

Wo Staat und Kirche sich vereinen (Vatikan), geht es immer und vor allem um Macht. An dieser Linie haben sich alle Päpste der Vergangenheit orientiert und das wird sich auch zukünftig nicht ändern. Im Gegenteil! Die Regierungen dieser Welt im Sinne ihrer römisch-katholischen Lehre zu beeinflussen, sieht die römische Kurie unverändert als Verpflichtung an. Kein Papst macht einen Staatsbesuch, ohne dass er sich davon Vorteile verspricht und wenn es ihm nur darum geht, verloren gegangenes Vertrauen unter den eigenen Kirchenmitgliedern wiederzugewinnen.

Denn das hat ja bekanntlich wegen der Missbrauchskandale in den letzten beiden Jahren stark gelitten. Die römisch-katholische Kirche hat als moralische Instanz ihre Glaubwürdigkeit nicht nur in Deutschland verloren. Die massiven Kirchenaustritte und dass 2010 die Zahl derer, die zur Evangelischen Kirche wechselten, zum ersten Mal diejenigen übertraf, die umgekehrt zur päpstlichen Kirche wechselten, sind ein Alarmzeichen nicht nur für die deutschen katholischen Bischöfe.

Auch die vatikanische Staatsbank war wohl in der Vergangenheit, wie alle Banken, nicht abgeneigt, sich an riskanten Spekulationen zu beteiligen. Die Meldung, dass der Papst per Gesetz seiner Hausbank erst jetzt verboten hat, sich an Geldwäschegeschäften zu beteiligen, eröffnet ebenfalls viel Raum für Spekulationen. Wie gut ist es mit den Finanzen des Vatikans bestellt?

Deutschland hat sich durch seine Wirtschafts- und Finanzkraft nicht nur in den Augen der römisch-katholischen Kirche langfristig in eine Führungsposition gebracht. Ohne deutsche Zustimmung in Finanzfragen geht in Europa gar nichts. Und an der alten Weisheit, dass Geld auch Macht und Einfluss bedeutet, kommt auch ein Papst nicht vorbei. Der Vatikan braucht für seine Pläne in Europa Deutschland, aber braucht Deutschland den Papst?

Für Wulf und Merkel dürfte sein Besuch äußerlich mehr eine Imagepflege sein, eine politische Schau, in der man sich einem breiten Jubel der Bevölkerung sicher sein darf. Päpste werden von den meisten Bürgern in unserem Lande – ob Katholik oder nicht - mittlerweile als eine Art religiöser Popstar angesehen. Man geht gerne zu seiner gut inszenierten Show, erfreut sich seines Glanzes, aber mehr auch nicht.

Papst & Religionsfreiheit

Die Zunahme der Christenverfolgung in der ganzen Welt dürfte ebenfalls ein wesentliches Thema bei den Gesprächen mit der deutschen Regierung sein. Der islamistische Terroranschlag auf eine koptische Kirche zu Weihnachten in Ägypten ist nur wieder einmal die Spitze eines Trends, der die christliche Religion allgemein zum Angriffspunkt von Fanatikern macht. Wenn es Ratzinger gelingen sollte, dass die deutsche Regierung hier stärker aktiv wird, könnte er seine angeschlagene Reputation als oberster Kirchenchef mehr als wieder aufpolieren.

Außerdem: Nichts könnte der römisch-katholischen Kirche mehr nützen, als ein messbarer Erfolg in Sachen Religionsfreiheit. Dazu braucht der Vatikan jedoch einflussreiche Verbündete. Ob seine Strategie erfolgreich ist, wird sich nach seinem Besuch im September zeigen. Einige der führenden Mitglieder des deutschen Bundestages hat er jedenfalls schon im Vorfeld mobilisieren können.

So spricht der CDU-Fraktionsvorsitzende, Volker Kauder, immer lauter über Christenverfolgung in der Öffentlichkeit. Als einziger hochrangiger Abgeordneter des Bundestages reiste er anfangs Januar 2011 nach Kairo, um bei der ägyptischen Regierung wegen des jüngsten Terroranschlages vorstellig zu werden. Schaut man sich jedoch die Verlautbarungen Kauders nach seinem Besuch in Ägypten genauer an, so wird klar, dass er in der Substanz wenig erreicht hat.

Denn religiöse Gewalttäter lassen sich nun mal nicht von einer weltlichen Regierung bevormunden, sondern sehen sich in der Position als Verteidiger des rechten Glaubens. Solange die große Mehrheit der islamischen Gläubigen einen „Heiligen Krieg“ mit Waffengewalt als legitimes Mittel der Verteidigung ihres Glaubens ansieht, werden religiöse Terroristen genügend Unterstützer finden, die sie mit Geld und Waffen versorgen.

Die Lehren Mohammeds, als Grund für Gewalt und Terror, hat sich auf der politischen Bühne international fest etabliert und wird auch in den nächsten Jahrzehnten die Regierungen weltweit beschäftigen. Ob es dem Papst tatsächlich gelingt, seine politische Macht unter dem Banner der Religionsfreiheit zu vergrößern, wird die Zukunft zeigen.

K. Weber